

SCHRIFTENREIHE POLITISCHE BILDUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

BAND 4



Konrad
Adenauer
Stiftung

Philipp Lerch, Melanie Piepenschneider (Hrsg.)

KOMMUNALPOLITIK. WAS UNS PRÄGT – WAS UNS EINT

BEITRÄGE ZUR POLITISCHEN BILDUNG

LIT

Philipp Lerch, Melanie Piepenschneider (Hrsg.)

Kommunalpolitik
Was uns prägt – was uns eint

Schriftenreihe Politische Bildung
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Band 4

LIT

Philipp Lerch, Melanie Piepenschneider (Hrsg.)

Kommunalpolitik
Was uns prägt – was uns eint
Beiträge zur Politischen Bildung

LIT



Gedruckt auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier entsprechend
ANSI Z3948 DIN ISO 9706

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-643-13417-2

© LIT VERLAG Dr. W. Hopf Berlin 2017

Verlagskontakt:

Fresnostr. 2 D-48159 Münster

Tel. +49 (0) 2 51-62 03 20

E-Mail: lit@lit-verlag.de <http://www.lit-verlag.de>

Auslieferung:

Deutschland: LIT Verlag Fresnostr. 2, D-48159 Münster

Tel. +49 (0) 2 51-620 32 22, E-Mail: vertrieb@lit-verlag.de

E-Books sind erhältlich unter www.litwebshop.de

Inhalt

Geleitwort	1
Vorwort der Herausgeber	5
1 Kommunalpolitik in der Politischen Bildung	
1.1 Kommunalpolitik als Gegenstand der Politischen Bildung	11
<i>Philipp Lerch / Melanie Piepenschneider</i>	
1.2 Grundlagen christlich-demokratischer Kommunalpolitik	19
<i>Ingbert Liebing</i>	
1.3 Lokales Handeln mit Ziel und Strategie: Das ‚Kommunalpolitische Seminar‘ als Institution der Politischen Bildung	27
<i>Gerhardt Schmidt</i>	
2 Was uns prägt: Aufgaben und Parameter einer modernen kommunalen Selbstverwaltung	
2.1 Das kommunale Mandat – Aufgaben und Anforderungen	35
<i>Peter Götz</i>	
2.2 Das Bürgermeisteramt	43
<i>Paul Weimann</i>	
2.3 Integration bleibt Herkulesaufgabe – Rolle, Aufgabe und Verantwortung eines kommunalen Spitzenverbandes am Beispiel der Flüchtlingspolitik	51
<i>Gerd Landsberg</i>	

2.4 Kriterien für eine nachhaltige Finanzpolitik auf kommunaler Ebene	59
<i>Ludger Sander</i>	
2.5 Kommunale Unternehmen und die Rolle ihrer Aufsichtsräte	77
<i>Ulli Meyer</i>	
2.6 Kommunale Wirtschaftsförderung	87
<i>Reinhard Hegewald</i>	
2.7 Nachhaltige Stadtentwicklung als Chance und Herausforderung moderner kommunaler Selbstverwaltung	93
<i>Irene Wiese-v.Ofen</i>	
3 Was uns eint: Bürgerschaftliches Engagement, Identität und Integration	
3.1 Bürgerschaftliche Mitverantwortung in der Kommune	105
<i>Claudia Neu</i>	
3.2 Politik kann MANN – FRAUEN können es auch!	113
<i>Dorothea Maisch</i>	
3.3 Integration gestalten. Gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort fördern	123
<i>Armin Laschet</i>	
3.4 Integration von Zugewanderten in den Städten – eine Herausforderung	131
<i>Eva Lohse</i>	
3.5 Der Gmünder Weg: Aufnahme und Integration aus christlichem Selbstverständnis	139
<i>Richard Arnold</i>	
3.6 Integration durch Beteiligung Kommunale Praxis im europäischen Vergleich	145
<i>Andreas Marchetti</i>	
3.7 Aachen – Kommunalpolitik international	153
<i>Marcel Philipp</i>	

3.8 Kommunalpolitik: In der Region verwurzelt – in Europa vertreten	161
<i>Sabine Verheyen</i>	

Intermezzo

Föderalismus und Wirtschaftspolitik	173
<i>Franz Schuster</i>	

4 Was uns bewegt: Lokale Demokratie, Subsidiarität und Teilhabe

4.1 Eine Stadt für die Welt von morgen	201
<i>Ashok-Alexander Sridharan</i>	

4.2 Die Bedeutung von Kommunikationsnetzen und digitaler Teilhabe für ländliche Räume	209
<i>Hans-Günter Henneke</i>	

4.3 Lebendige Demokratie durch konstruktiven Dialog – Moderne Bürgerbeteiligungsprozesse am Beispiel der Stadt Köln	219
<i>Henriette Reker</i>	

4.4 „Europa vor Ort“. Kommunen, Bürgerschaft, Förderprojekte	227
<i>Volker Kronenberg</i>	

4.5 Kommunen und Europa – zwischen Eigenverantwortung und gemeinsamen Handeln	235
<i>Axel Voss</i>	

5 Was uns antreibt: Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Generationengerechtigkeit und Barrierefreiheit

5.1 Zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens: Gut versorgt - in Land und Stadt	245
<i>Hermann Gröhe</i>	

5.2 Generationengerechtigkeit und Kommunalfinanzen	251
<i>Lars Martin Klieve</i>	

5.3 Verwaltung: Verständlich, bürgernah, barrierefrei	261
<i>Wolfgang Reeder</i>	

5.4 Kommunale Dialoge in der Glokalisierung. Ein Debattenbeitrag	271
<i>Barbara Seibert</i>	
5.5 Jugend und Kommunalpolitik. Lokale Jugendbeteiligung in Nordrhein-Westfalen	279
<i>Oliver Thomas Rau</i>	
5.6 Mobilität durch Bürgerliches Engagement	289
<i>Friedrich Wilhelm Garn</i>	
6 Was uns erwartet: Kommunale Trends und Entwicklungen	
6.1 Die Bürgerdialog-Reihe des BMEL „Gut leben auf dem Land – was uns wichtig ist“ – neues Potenzial für kommunale Beteiligung	299
<i>Maria Flachsbarth</i>	
6.2 Städte auf Nachhaltigkeits-Kurs	309
<i>Wolfgang Schuster</i>	
6.3 Kommunalpolitik in mega-urbanen Räumen am Beispiel der Metropolregion Ruhr. Die Überwindung der Anonymität: Chance für politischen Erfolg in großen Städten am Beispiel von Essen	317
<i>Thomas Markus Kufen</i>	
6.4 Bürgerschaftliche Mitverantwortung in der Kommune der Zukunft	325
<i>Volker Hassemer</i>	
6.5 Erneuerbare Energien vor Ort am Beispiel von Saerbeck als ‚Klimakommune NRW‘	333
<i>Wilfried Roos / Ulrich Gunka</i>	
6.6 Zukunft Stadt	341
<i>Sigurd Trommer</i>	

1.1 Kommunalpolitik als Gegenstand der Politischen Bildung

Philipp Lerch / Melanie Piepenschneider

Kommunalpolitik als Gegenstand der Politischen Bildung

Politik durchdringt alle Lebensbereiche. Sie berührt und beschäftigt jeden Einzelnen. Selbst jene Menschen, die von sich selbst behaupten, sie seien von der Politik enttäuscht, ja regelrecht „politikverdrossen“, sowie angeben, nicht mehr an Wahlen teilzunehmen und auch darüber hinaus eine Protesthaltung gegenüber dem politischen System einzunehmen, treffen tagtäglich politische Entscheidungen. Dabei spielen in praktisch allen täglichen Situationen politische Konstellationen, die Ausübung von (Vertretungs-)Macht, demokratische Entscheidungsfindung und die Organisation des Zusammenlebens in einer bestimmten sozialen Gruppe eine Rolle. Dies reicht in der letzten Konsequenz bis hinein in „Familienräte“ und zu Klassensprecherwahlen. Die regelmäßige Vermittlung bzw. das häufige Einüben demokratischer Prozesse sowie die Ermöglichung von Partizipation und einer Übernahme von Verantwortung auf kleiner und kleinster Ebene sind dabei stets Prozesse politischer Bildung.

In der Bundesrepublik Deutschland lebt das repräsentativ-demokratische System von der aktiven Teilhabe und der Partizipation aller Einwohnerinnen und Einwohner. Dabei sind die Bürgerinnen und Bürger oftmals versucht, ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf bundes-, landes- und europapolitische Entwicklungen zu lenken. Die kommunale Ebene bleibt, obgleich hier alle politischen Entscheidungen konkret und wirksam, ja wirkmächtig werden, in vielen Fällen wenig beachtet. Zuweilen wird die Kommunalpolitik gar belächelt und, gewollt oder ungewollt, despektierlich als reine „Vorstufe“ oder „Schule“ für die „richtige Politik“ bezeichnet, welche „weiter oben“, etwa auf nationaler oder internationaler Ebene, gemacht werde. Ein solches ebenso pauschales wie herabstufendes Urteil wird den Leistungen und Herausforderungen in der lokalen Organisation des Zusammenlebens von Menschen alles andere als gerecht. Die Kommunalpolitik und mit ihr die Erziehung zur aktiven Mitwirkung an der kommunalen Demokratie spielen für unsere politische wie gesellschaftliche Ordnung eine prägende Rolle und sind von elementarer Bedeutung für das (Fort)Bestehen demokratischer Strukturen.

Demokratie wächst von unten

Die kommunale Selbstverwaltung bildet im Aufbau der staatlichen Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland eines von drei zentralen Prinzipien: Neben dem Bundesstaatsprinzip und dem Rechtsstaatsprinzip ist die eigenverantwortliche Organisation des politischen und gesellschaftlichen Handelns auf lokaler Ebene die Grundlage für staatliche Aktivität. Unter anderem deswegen gilt die kommunale Selbstverwaltung mit Recht als das „Basislager“ der Demokratie. Dabei darf sie aber, wie bereits angedeutet, nicht als „Politik im Kleinen“ oder „Vorstufe zur großen politischen Bühne“ unterschätzt, ja missinterpretiert werden. Schließlich pflegt die kommunale Ebene, den direktesten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern. Kommunalpolitik hat die unmittelbarste und spürbarste Auswirkung auf den persönlichen Nahbereich der Bevölkerung. Von Kommunalpolitikern wird eine persönliche Verantwortung und sichtbare Präsenz „vor Ort“ am ehesten erwartet und am stärksten eingefordert. Diese herausragende Bedeutung örtlicher Politik ist einer der Gründe, weshalb die kommunale Selbstverwaltung in Artikel 28 des Grundgesetzes mit „Verfassungsrang“ ausgestattet ist. Es ist durchaus berechtigt, sie als die „Champions League der Demokratie“ zu bezeichnen.

Demokratie setzt sich zusammen aus den altgriechischen Begriffen für „(Staats)Volk“ (δῆμος *dēmos*) und „Herrschaft“ (κρατία *kratía*), bedeutet also wörtlich übersetzt „Herrschaft des (Staats)Volkes“. Die Demokratie ist somit schon aus ihrem Ursprung und ihrer Genese heraus eine Regierungsform mit festem Bezug zum Volk als politischer „Basis“. Sicherlich sind die Debatten und (lokal)politischen Aktivitäten in der „Agora“ (ἀγορά), dem zentralen Fest-, Versammlungs- und Marktplatz einer antiken griechischen Polis, nicht zwingend vergleichbar mit aktuellen kommunalpolitischen Geschehnissen in Rathäusern deutscher Kommunen. Es kann jedoch festgehalten werden, dass Demokratie bis heute „von unten wächst“ und dass demokratisches Handeln letztlich eine dezidiert lokale Akzentuierung aufweist. In Deutschland herrscht ein besonders ausgeprägtes kommunales Selbstverwaltungsrecht mit einer in Artikel 28 des Grundgesetzes verankerten (subsidiären) Allzuständigkeit der Gemeinde und eindrucksvollen Hoheitsrechten bei der Regelung der Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft. Darüber hinaus wird die Rolle der Kommune und die Bedeutung lokaler Aktivitäten aber auch bei der Formulierung der überregionalen, etwa der nationalen und europäischen Politik, deutlich: Gewählt wird, auch bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen, stets „vor Ort“ – das heißt, nicht nur symbolisch ausgedrückt, in den Wahllokalen der Kommunen. Sie sind auf lokaler Ebene für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlvorgänge zuständig. Dass Politik nur von unten wachsen und „berechtigt“ werden kann, ist demnach schon durch den Umstand abgesichert, dass die mit Vertretungsmacht ausgestatteten Repräsentantinnen und Repräsentanten stets lokal durch die Bürgerinnen und Bürger „vor Ort“ gewählt werden.

Kommunale Demokratie als Gegenstand Politischer Bildung

Kommunalpolitik als Gegenstand Politischer Bildung ist alles Andere als ein nebensächliches „Feld“ im Schatten vermeintlich größerer Themen von nationaler, europäischer oder globaler Bedeutung. Die kommunale Ebene ist vielmehr ein zentraler „Acker“, auf dem gesellschaftliches Wissen vermittelt sowie politische Analysefähigkeit und (Handlungs)Kompetenz kultiviert werden können. Hier muss Politische Bildung in besonderem Maße wirken – im Interesse und mit dem Ziel, dass Demokratie von Bürgerinnen und Bürgern gestaltet wird, die zu einem kritischen Urteil fähig und zur nachhaltigen Übernahme von Verantwortung bereit sind.

Immer wieder stellen sich Fragen zu den Grundsätzen der Politischen Bildung sowie zur Art und Weise ihrer Vermittlung. Im politischen Bereich – und das gilt auch für die Kommunalpolitik – werden dieselben Inhalte von verschiedenen Personen in der Regel aus unterschiedlichen Denkrichtungen und aus ihrer jeweils individuellen Überzeugung heraus betrachtet. Politische Bildung darf nie zu politischer „Indoktrination“ der Sichtweise des Lehrenden führen. Dies würde dem zentralen Interesse der Politischen Bildung, die Herausbildung von freien, zu einem unabhängigen Urteil fähigen Demokraten, fundamental widersprechen. Lange Zeit gab es hier keine allgemein gültige Regelung und bis heute existiert kein umfassendes, unabhängiges Curriculum. Im Jahre 1976 führten jedoch Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland über Reformen in der didaktischen Ausrichtung Politischer Bildung zu einem allgemein anerkannten „Minimalkonsens“¹ über die Grundlagen Politischer Bildung in Deutschland, dem sogenannten „Beutelsbacher Konsens“². Dieser beinhaltet drei Prinzipien: Das (1) Überwältigungsverbot besagt, dass die Lernenden nicht an einer eigenständigen Urteilsbildung gehindert werden dürfen. Zudem müssen (2) wissenschaftliche und politische Kontroversen in der Vermittlung auch kontrovers dargestellt werden. Schließlich soll Politische Bildung (3) die Lernenden dazu befähigen, politische Situationen und die eigene Interessenlage sowohl analysieren als auch in ihrem Sinne beeinflussen zu können.³ Dies bedeutet unter anderem, dass ein Anbieter Politischer Bildung sich zwar einer ideellen politischen Richtung verpflichtet fühlen kann, wie es beispielsweise die Konrad-Adenauer-Stiftung unter Berufung auf ihren Namensgeber im christlich-demokratischen Sinne tut, dass aber in diesem Sinne keine ‚Parteiarbeit‘ geleistet werden darf und auch nicht geleistet wird.⁴ Diesen Prinzipien muss sich Politische Bildung gerade auch vor Ort verpflichten, wo sich besonders viele Menschen jenseits von parteipolitischen Präferenzen miteinander für das Gemeinwohl engagieren.

Zielsetzungen Politischer Bildung „vor Ort“

Zu den Zielen Politischer Bildung gehört nicht nur die grundsätzliche Befähigung zu einer aktiven Beteiligung und einer sinnbehafteten Partizipation an Politik auf allen Ebenen, sondern zunächst einmal das Wecken einer individuellen Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, hier in besonderem Maße im eigenen Nahbereich, also in der Regel im kommunalpolitischen Rahmen. Ein wesentliches Problem der Politischen Bildung ist dabei, dass ihre tatsächlichen Ergebnisse und Auswirkungen, sprich ihr Outcome, mitunter in nur sehr begrenztem Maße messbar sind. Der Erfolg Politischer Bildung ist beispielsweise nicht an der Höhe der Wahlbeteiligung erkennbar. Eine hochwertige und zugleich nachhaltige Politische Bildung dürfte zwar in aller Regel zu einer erhöhten Wahlbeteiligung „vor Ort“ führen. Statt aber, mit ohnehin zweifelhafter Wirkung, lediglich gebetsmühlenartig auf die Bedeutung des nächsten Urnengangs hinzuweisen, muss Politische Bildung Vieles mehr im Blick behalten und dabei einen „langen Atem“ haben. Es kommt schließlich darauf an, jeder Generation neu die Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung als schützens- und erhaltenswerte Prinzipien zu erläutern und, möglichst praktisch „vor Ort“, zu verdeutlichen, ja verständlich zu machen. Jede Generation kann und muss vom Wert unserer Demokratie überzeugt werden, um das demokratische Miteinander auf dieser Basis dann in der ihr eigenen Weise zu leben und zu gestalten. Die Wirkung einer so verstandenen Politischen Bildung zu „messen“, noch dazu kurzfristig, ist nachvollziehbarerweise kaum möglich.

In diesem Sinne kann Politische Bildung „als ein notwendiger Teil der Sozialisation angesehen“⁵ werden. Politische Bildung muss systematisch informieren und aufklären über zentrale Eckpfeiler unserer politischen und sozialen Ordnung, etwa über Grundrechte, Gewaltenteilung, den Rechtsstaat sowie die grundlegenden Mechanismen und Prozesse der freiheitlichen Demokratie.⁶ Dies schließt notwendigerweise die Vermittlung gewisser Werte und einer demokratischen Grundüberzeugung mit ein⁷ und muss stets lokal adressiert und begründet werden.

Kommunalpolitische Bildung bei der Konrad-Adenauer-Stiftung

In der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung spielt kommunale Politik seit jeher eine zentrale Rolle, wie eine Pressemitteilung der seinerzeit noch unter dem Namen „Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e.V.“ firmierenden Stiftung aus dem Jahr 1968 belegt. Darin heißt es in Bezug auf die 1967 erfolgte Gründung des „Instituts für Kommunalpolitische Bildung und Forschung“: „Schon von Beginn der Politischen Akademie Eichholz [Anm. der Autoren: Gründung 1957] an haben kommunalpolitische Fragen zum ständigen Arbeitsplan gehört.“⁸ Mit der in der Pressemitteilung behandelten Verortung kommunalpolitischer Inhalte in einem eigenen Institut verdeutlichte die Konrad-Adenauer-Stiftung schon damals den Stellenwert der lokalen Ebene in ihrer Arbeit.

Die KommunalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit 2013 eine eigenständige und bundesweit tätige Abteilung der Politischen Bildung. In der Tradition des „Instituts für kommunalpolitische Bildung und Forschung“ versteht sie sich als „lokale Demokratieagentur“ im Sinne eines umfassenden Schulungs-, Beratungs-, Denk- und Debattenortes.

Kommunalpolitische (Bildungs)Formate: Aktivieren und professionalisieren

Bis heute gehören die Schulungen des „Kommunalpolitischen Seminars“ zu den Grundpfeilern der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung.⁹ Die praxisorientierten Weiterbildungsangebote der KommunalAkademie reichen vom kommunalpolitischen Basiskurs über Aufbaukurse im Bereich der lokalpolitischen Mandatsausübung in den Themenbereichen Kommunalhaushalt, Planen und Bauen sowie Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu Aufsichtsräte-Trainings und Bürgermeisterseminaren. Darüber hinaus spricht die KommunalAkademie unterschiedlichste lokale Zielgruppen, etwa Schülerinnen und Schüler, Mitglieder von Vereinen und Bürgerinitiativen oder andere interessierte Bürgerinnen und Bürger, mit Fachkonferenzen, Themenkursen, Workshops, Planspielen sowie vielseitigen Online-Angeboten an. Zudem kooperiert sie bundesweit mit weiteren Fachabteilungen wie der Politischen Kommunikation sowie mit den Politischen Bildungsforen der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Bundesländern. Im „Fachprogramm Kommunalpolitik“ veröffentlicht sie jedes Jahr über 150 ausgewählte kommunalpolitische Bildungsangebote.

Unter www.kas.de/kommunalakademie unterhält die KommunalAkademie eine umfangreiche Internetpräsenz sowie in Zusammenarbeit mit dem Adenauer Campus, der zentralen Online-Lernplattform der Konrad-Adenauer-Stiftung, eine interaktive Themenseite zu den Grundlagen von Kommunalpolitik.

Seit 2014 veranstaltet die KommunalAkademie jedes Jahr in einer anderen Region einen bundesweit ausgerichteten Kommunalkongress. Dabei

kommen sowohl Grundsätze und Prinzipien der lokalen Demokratie als auch aktuelle kommunalpolitische Themen und Herausforderungen zur Sprache. Diskutanten und Adressaten sind Entscheider, Mitgestalter und Experten aus der Kommunalpolitik, der Kommunalverwaltung und dem lokalen Ehrenamt, d.h. aus örtlichen Vereinen, Initiativen und Projekten. Fester Bestandteil des Kommunalkongresses der Konrad-Adenauer-Stiftung ist stets eine praxisorientierte Exkursion zu thematisch relevanten Stationen in der Umgebung des Veranstaltungsortes. Diese führte die Teilnehmer in Form von moderierten Busfahrten 2014 zum Thema „Energie wenden – Heimat wahren“ durch das Rheinische Braunkohlerevier, 2015 zum Thema „Barrierefreiheit weiter denken“ durch das Dreiländereck bei Aachen und 2016 zum Thema „Heimat bilden. Was uns prägt – Was uns eint“ durch Erfurt und den Landkreis Gotha. 2017 findet der Kommunalkongress am „Konrad-Adenauer“-Flughafen Köln/Bonn zum Thema „Konrad Adenauer und die Stadt der Zukunft“ mit anschließender Exkursion durch die Bundesstadt Bonn und Köln statt.

Motivation und Ziel der kommunalpolitischen Maßnahmen der Konrad-Adenauer-Stiftung ist ihr Bildungsauftrag im Sinne einer Befähigung und Motivation zu lokalpolitischem und gemeinwohlorientiertem Handeln. Viele praxisorientierte Veranstaltungen und Veröffentlichungen sollen dazu anregen, sich vor Ort, in der Nachbarschaft und der örtlichen Politik, zu engagieren.

Kommunalpolitische Beratung, Denken und Debattieren

Die KommunalAkademie pflegt einen kontinuierlichen Diskurs über grundsätzliche Fragen und aktuelle Herausforderungen mit einem bundesweiten Expertennetzwerk, das über Kompetenzen in unterschiedlichsten Bereichen der kommunalen und regionalen Politik verfügt. Mit ihnen tauscht sie sich beispielsweise hinsichtlich lokaler Entscheidungsfindungen und moderner Verwaltungsarbeit „vor Ort“ aus. Eine institutionalisierte fachliche Unterstützung der lokalpolitischen Expertise der KommunalAkademie bieten darüber hinaus zwei regelmäßig tagende kommunalpolitische Expertengremien, der „Beirat Kommunalpolitik“ unter der Leitung von Oberbürgermeisterin a.D. Dr. h. c. mult. Petra Roth sowie der „Günter Rinsche-Kreis“ unter der Leitung von Minister a.D. Franz Schuster. Beide Kreise versammeln erfahrene und engagierte Persönlichkeiten aus (Kommunal)Politik und Gesellschaft, darunter Hauptgeschäftsführer kommunaler Spitzenverbände, Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte sowie aktive und ehemalige kommunale Führungskräfte und Wissenschaftler. Sie nehmen sowohl aktuelle lokalpolitische Herausforderungen als auch die langen Linien und Traditionen der kommunalen Selbstverwaltung in den Blick und formulieren, gemeinsam mit der KommunalAkademie, Handlungsempfehlungen, Konzepte und Aktionspläne.

Fazit

Politische Bildung und Kommunalpolitik sind eng miteinander verwoben und bedingen einander. Die Kommunalpolitik ist, frei nach Günter Rinsche, einst jüngster Oberbürgermeister Deutschlands, ehemaliger Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneter sowie früherer Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, ein „Grundelement der Demokratie“. Die Befähigung von Menschen zur politischen Partizipation und somit zur Gestaltung von Demokratie ist und bleibt das Kernelement des politischen Bildungsauftrages der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seine Verwirklichung findet auf lokaler Ebene, in der, mit den Worten Konrad Adenauers ausgedrückt, „hohen Schule der Demokratie“, in besonderer Art und auf besonders sensible Weise statt. Da die Menschen von den Entscheidungen der Amts- und Mandatsträger aus der Kommunalpolitik so direkt und unmittelbar wie von keiner anderen politischen Ebene betroffen sind, steht die kommunalpolitische Bildung als fundamentale „Demokratie-Bildung“ im Zentrum unserer Arbeit.

- 1/ Krüger 2015: S. 9.
- 2/ Für die Entstehungsgeschichte des Beutelsbacher Konsenses vgl. Sutor 2002, insbesondere S. 24 f.
- 3/ Vgl. Bundeszentrale für Politische Bildung 2011.
- 4/ Vgl. Blatt 2014: S. 14, 17, 18.
- 5/ Blatt 2014: S. 7.
- 6/ Vgl. Blatt 2014: S. 7, 9 ff., 13.
- 7/ Vgl. Detjen 2008: S. 202.
- 8/ Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e.V. 1968.
- 9/ Für das Kommunalpolitische Seminar vgl. u.a. in diesem Sammelband den Beitrag von Gerhard Schmidt zum Thema „Lokales Handeln mit Ziel und Strategie: ‚Das ‚Kommunalpolitische Seminar‘ als Institution der Politischen Bildung“.

LITERATUR

- Blatt, Heinrich (2014): Die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Teil 1: 1957-1997, Sankt Augustin/Berlin.
- Bundeszentrale für Politische Bildung (2011): Beutelsbacher Konsens, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens> (08.12.2015).
- Detjen, Joachim (2008): Verfassungspolitische Grundsätze der freiheitlichen Demokratie. Ein fruchtbares Reservoir für Basiskonzepte der politischen Bildung, in: Weißeno, Georg (Hrsg.): Politikkompetenz. Was Unterricht zu leisten hat, Bonn, S. 199-212.

- Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e.V. (1968): Institut für Kommunalpolitische Bildung und Forschung, Pressemitteilung Nr. 19 vom 6. Mai 1968, Bonn.
- Piepenschneider, Melanie / Lerch, Philipp (2014): Bündeln und vernetzen. Über die KommunalAkademie, in: Die Politische Meinung, Nr. 527, 59. Jahrgang, Juli/August 2014, S. 123-125.
- Sutor, Bernhard (2002): Politische Bildung im Streit um die „intellektuelle Gründung“ der Bundesrepublik Deutschland. Die Kontroversen der siebziger und achtziger Jahre, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), B 45/2002, S. 17-27.



Foto: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Philipp Lerch leitet die KommunalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er engagiert sich kommunalpolitisch unter anderem als Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung von Bad Godesberg.



Foto: Dr. Melanie Piepenschneider – Archiv

Dr. Melanie Piepenschneider leitet die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie engagiert sich kommunalpolitisch als Mitglied des Beirats für den Konrad-Adenauer-Preis der Stadt Köln sowie des Helene-Weber-Preises des Helene Weber Kollegs.